

di schwarzi chatz

Zeitung der Freien ArbeiterInnen Union in der Schweiz



Das neue BÜPF

Die Revision des Überwachungsgesetzes -
oder die Erweiterung von Herrschaftsmecha-
nismen durch Überwachung.



Die Revision hat seit der Ankündigung durch die SP-Bundesrätin Simonetta Sommaruga bereits einige Diskussionen und kritische Reaktionen ausgelöst. So ist ein Referendum, das von verschiedenen Organisationen getragen wird, beschlossene Sache. Trotz des skandalösen Inhaltes ist es absehbar, dass das Geschäft von der Mehrheit durchgewunken und die Totalrevision in vollem Umfang umgesetzt wird. Bemerkenswert ist dabei nicht nur, dass der Änderungskatalog mehr oder weniger dem Wunschkatalog der Ermittlungsbehörden entspricht, sondern auch, dass sich bisher kaum jemand daran stört, dass die ausführenden Behörden somit zur eigenen Gesetzgeberin werden. Der Blick alleine auf den Gesetzgebungsprozess wird den gesellschaftlichen Problematiken in keiner Art und Weise

gerecht, die sich in dieser Totalrevision des BÜPF manifestieren. Ebenso wenig genügen rein technische, juristische oder wirtschaftliche Argumente gegen die Gesetzesänderung. Vielmehr ist eine Grundsatzdebatte notwendig. Dazu später mehr.

Das BÜPF ...

Zunächst aber zum Hintergrund der Diskussion: Die Überwachung von Telefongesprächen oder digitaler Kommunikation (wie z.B. E-Mail) ist im Bundesgesetz betreffend die Überwachung des Post- und Fernmeldeverkehrs (kurz BÜPF) geregelt. Mit dem im Jahr 2002 in Kraft getretenen Gesetz wurde nicht nur die aktive Überwachung (bspw. das Abhören eines Telefonanschlusses) geregelt,

(weiter auf Seite 2)

September/Oktober 2014

Nr. 32, 6. Jahrgang

ISSN 1664-6096

www.faubern.ch | zeitung@faubern.ch

In dieser Ausgabe

Wird die Bahn kaputt gespart? 3

Der schlechte Zustand des Schienennetzes sorgt für Aufsehen.

Manipulatives Geschäftsgebaren 5

Unsere Daten im Netz und Facebooks plötzliches Forschungsinteresse.

Anarchosyndikalismus heute 7

Beginn einer neuen Serie mit Berichten über andere anarchosyndikalistische Gruppen. In dieser Ausgabe: FAU Berlin.

Nach Belieben lieben 9

Eifersucht, Liebe und Anarchismus.

Rubriken

Kultur 11

Rechtliches 12

www.direkteaktion.org

**Direkte
Aktion**

[mehr als nur eine Zeitung]

abonnieren?
zeitung@faubern.ch

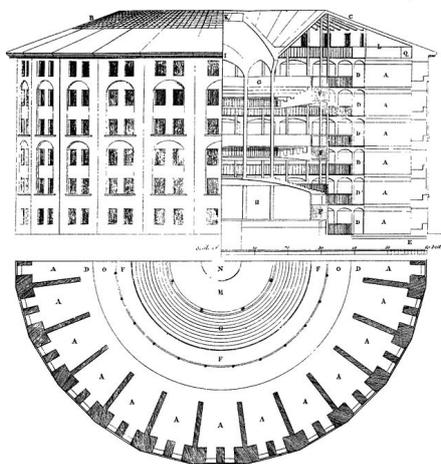


In der Hitze der gegenwärtigen Kriege ist es leise geworden um die Überwachungskandale, in die verschiedene Staaten verwickelt waren und weiterhin sind. Es ist wahrscheinlich, dass auch die Revision des BÜPF diesen Herbst nur wenig Beachtung in den bürgerlichen Medien finden wird. Gerade deshalb ist es umso wichtiger darüber zu informieren, worum es bei dieser Revision überhaupt geht und inwiefern wir alle auch von ihr betroffen sein werden. Wir danken hier schon mal herzlich unseren Genoss_innen von immerda, die sich bereit erklärt haben, einen fundierten Artikel zu diesem Thema zu schreiben. Dass Überwachung und Kontrolle der Bevölkerung kein rein staatliches Phänomen darstellt, betont ein weiterer Artikel, der von den fragwürdigen Praxen von Facebook handelt. Beide Artikel zeigen ausserdem auf, wie fliessend die Grenze zwischen Kontrolle und Lenkung der Bevölkerung verläuft.

Dass auch hierzulande kaum eine ausserparlamentarische Bewegung gegen die Kontroll- und Lenkungsgeleüste der Herrschenden vorhanden ist, ist leider eine Tatsache. Da wir nicht wollen, dass dies so bleibt, soll auch die schwarzi chatz dazu anregen, sich mit Organisationsformen auseinanderzusetzen, die gegen das aktuelle System ankämpfen und gleichzeitig an einem neuen bauen können. Eine neue Artikelserie befasst sich mit diesem Thema und lädt verschiedene anarchosyndikalistische Gewerkschaften aus dem Ausland ein, ihre jeweilige Funktionsweise, die aktuellen Kämpfe sowie die auftauchenden Probleme zu präsentieren. Damit wollen wir die Aktualität des anarchosyndikalistischen Ansatzes zur Diskussion stellen und wer weiss, vielleicht animiert das ja die eine oder den anderen dazu, ebenfalls (eventuell sogar anarchosyndikalistisch) aktiv zu werden. Uns würde es freuen.

Eure Fauistas

sondern die Schweiz führte, notabene als einer der ersten europäischen Staaten, die verdachtsunabhängige Vorratsdatenspeicherung ein. Das heisst eine passive und rein präventive Überwachungs-massnahme, welche alle registrierten Telekommunikationsanbieter_innen dazu verpflichtet



sämtliche Kommunikationsdaten (bspw. wer hat wann, welche Nummer für wie lange angerufen) für aktuell sechs - neu zwölf - Monate aufzubewahren. Seit 2002 hat die digitale Kommunikation rasant zugenommen, und ebenso die technischen Möglichkeiten zur Überwachung und Kontrolle ebendieser.

Seit einiger Zeit wünschen sich Behörden und der Bundesrat eine Erweiterung der aktuellen Möglichkeiten für die Überwachung der verschiedenen Kommunikationsmittel. Im Februar 2013 verabschiedete der Bundesrat seine Botschaft und der Entwurf zur Revision des BÜPF und will darin unter anderem folgende Punkte erweitern oder neu regeln:

- Erweiterung der Vorratsdatenspeicherung von sechs auf zwölf Monate.
- Ausweitung des Geltungsbereichs von registrierten Telekommunikationsanbieter_innen auf weitere Kommunikationsanbieter_innen. Neu ist unter anderem auch eine Kategorie von „Anbieter_innen abgeleiteter Dienste“, womit Betreiber_innen von Chats, Foren, Mailserver etc. gemeint sind.¹
- Rechtliche Grundlagen für den Einsatz des „Trojaner Federal“ (Bundestrojaner, Staatstrojaner oder im

Behördensprech GovWare genannt)

- Zusätzliche Vorschriften für die Provider. Darunter fallen z.B. Qualitätskontrollen durch den Dienst ÜPF, Bussen bei Missachtung von bis zu 100'000 CHF oder die Abwälzung der Überwachungskosten auf die Provider.
- Zulassung von IMSI-Catchern zur Aufzeichnung aller aktuell eingeschalteten Mobilgeräte in einem definierten Umkreis.
- Zentrale Aufbewahrung der Daten beim Dienst ÜPF. Bisher seien die Daten vom Dienst nach der Weitergabe an die Strafverfolgungsbehörden gelöscht worden. Neu sollen die Strafverfolgungsbehörden die Daten beim Dienst abfragen und somit auch die Daten zentral gespeichert bleiben.

Diese und viele weitere Forderungen stossen auf Kritik von verschiedenen Seiten. Während kommerzielle Anbieter_innen die Übernahme der Kosten von staatlicher Überwachung - berechtigterweise - beklagen, so kritisieren andere Organisationen aus zivilgesellschaftlichen Zusammenschlüssen (Bspw. die Digitale Gesellschaft Schweiz²) die Ausweitung bestehender Massnahmen unter fadenscheinigen Gründen. Von einigen wird auch die Notwendigkeit einer Grundsatzdebatte zum Thema Überwachung und Gesellschaft betont. Ein Beispiel hierfür bietet die Erweiterung der Vorratsdatenspeicherung von sechs auf zwölf Monate. Dies wird damit begründet, dass die Daten in Ermittlungserfahren oftmals bereits nicht mehr zur Verfügung stünden. Allerdings kam etwa eine Studie des renommierten Max-Planck-Institut zum Schluss, dass die Vorratsdatenspeicherung für die effektive Strafverfolgung unnötig sei. Auch steht die in der Schweiz geplante Erweiterung, Entwicklungen in vielen europäischen Ländern diametral entgegen, in denen die Verfassungsgerichte die Vorratsdatenspeicherung als einen schweren Eingriff in die Grundrechte werten und die Umsetzung deshalb dort sistiert wurde.

(weiter auf Seite 4)

¹ <https://xiala.net/News/2013/03/04/buepf-revision.html>

² <https://www.digitale-gesellschaft.ch/>

Wird die Bahn kaputt gespart?

In den letzten Monaten, also etwa ein Jahr nach einer grösseren Unfallserie (siehe di schwarzi chatz #24, Mai/Juni 2013), wurde in den Tagesmedien bekannt, dass die Infrastruktur der SBB unter grossen Mängeln leidet, die infolge eingesparter Wartungen und grösserer Belastungen durch Mehrverkehr entstanden sind.

In den letzten Jahren wurde bei den SBB der sogenannte präventive Unterhalt massiv zurückgefahren. Dieser besteht aus Überprüfungen auf kaum sichtbare Mängel oder Normabweichungen, die dann sofort behoben werden, damit sie nicht gravierend werden und zu einem kompletten Ersatz führen. Zum Beispiel werden Schienen auf kleinste Risse überprüft und falls nötig nachgeschliffen, wird dies nicht getan, wachsen die Risse zu sicherheitsrelevanten Schäden an und die Schienen müssen vorzeitig ausgewechselt werden. Im Zuge von kurzfristigen Kosteneinsparungen wurde dieser Unterhalt zurückgefahren oder konnte nicht durchgeführt werden, da Kapazitäten weggespart und Notfallarbeiten nötig wurden, wie die Schweizer Eisenbahn-Revue (SER) schreibt.

Die Aufmerksamkeit der Medien und der Verwaltung auf die Mängel an der Fahrbahn führt nun dazu, dass die SBB den Unterhalt wieder ausbauen. In einem Interview mit der Zeitung *Der Bund* (am 14.07.2014) kommt Bahnchef Andreas Meyer auf die Finanzierung des Infrastrukturprogramms zu sprechen: „Wir haben entschieden, 130 Millionen selbst in die Hand zu nehmen, um das Netz in gutem Zustand zu behalten, obwohl wir nicht wussten, ob der Bund diese Leistung vergüten würde. Das beweist, wie ernst wir unsere Verantwortung nehmen.“ Diese Aussage steht allerdings im Widerspruch zu Handlungen des SBB-Managements: Die Bahn startete gleichzeitig ein neues Sparprogramm, dessen Spareffekt zumindest zweifelhaft ist. Ein Kommentator im SER drückt es so aus: „[Das Sparprogramm bringt] eine neue Verwaltung mit dem nötigen Management [hervor]. So steigt wenigstens der Personalaufwand, obwohl viele Fachleute geflohen sind.“ Der Staat will den SBB den unter den Bahnchefs Weibel und Meyer verschlammten Unterhalt nicht mehr finanzieren, da die SBB einen Gewinn ausweisen. Die SBB-Spitze hat auf der anderen Seite auch ein Interesse daran, dass dies

so bleibt, da ein Teil ihres Lohns aus Boni besteht, die ohne Gewinn nicht ausgezahlt werden. Die Bahn ist deswegen bemüht, die Kosten so klein wie möglich zu halten. Deshalb werden nur die dringendsten Probleme angegangen und im Moment weniger dringende Mängel, wie Spurweitenfehler¹, eher noch weiter anwachsen. Andererseits werden im Zuge des Spardrucks auch Mittel angezapft, die für den Unterhalt anderer Infrastrukturbereiche wie Brücken und Tunnels vorgesehen sind. Dies wiederum bedeutet einen Rückstau in diesen Gebieten, der sich mittelfristig rächen wird. In diesen Zusammenhang passt auch die bei Meyers früherer Arbeitgeberin Deutsche Bahn gerne angewandte Methode, zu sanierende Strecken komplett zu sperren. Kundenfreundlichkeit ist etwas anderes. Auch die Aussage Meyers im *Bund*-Interview wonach die gesetzlich



vorgeschriebenen 600 Millionen Reserve für Fehlbeträge in der Infrastruktur für die „kürzlich entdeckten“ Mängel nicht genutzt werden können, da sie an einem von Meyer nicht weiter definierten Ort investiert seien, ist Besorgnis erregend, da jetzt ein Bedarf für diese Gelder da wäre. Für was sind diese Mittel gut, wenn sie für ihren Zweck nicht eingesetzt werden können?

Auf dem Buckel der Arbeitenden

Mit der unter Weibel und besonders unter Meyer herrschenden Management- und

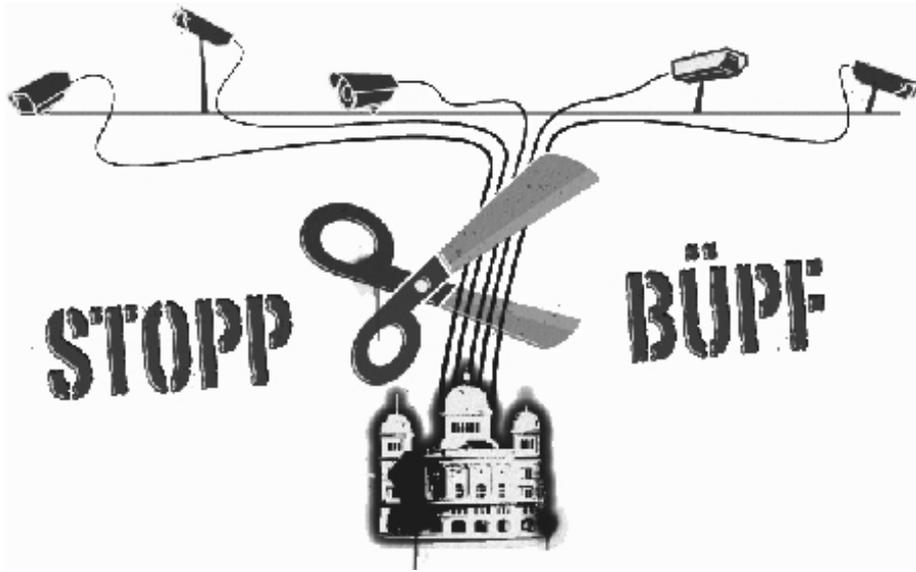
Sparkultur der SBB entstanden überhaupt erst, die laut Meyer vor einem Jahr „unerwartet“ aufgetauchten Mängel. Sie und der geplante Umgang mit ihnen werden den Frust der Angestellten weiter anschwellen lassen. Die SBB erbringt mit fast gleich vielen Arbeitenden wie vor fünfzehn Jahren massiv mehr Zugkilometer. In der Division Infrastruktur waren 2002 10'271 Personen angestellt, zwei Jahre später 9'221 und 2013 immerhin 10'078. Von 2002 bis 2013 stieg die Laufleistung aller SBB-Züge von 135,2 auf 173,8 Millionen Kilometer – mit anderen Worten: Die Arbeitenden müssen immer mehr erledigen. Damit dies funktioniert, führte die SBB Methoden ein, die jeden/jede Arbeiter_in dazu anhalten ihre Arbeitsprozesse zu „rationalisieren“ – etwa *kaizen* (siehe *di schwarzi chatz* # 24 und #26). Seinen Ursprung in der Sparmentalität hatte auch das Lohnsystem ToCo, dessen Einführung für viele eine Lohneinbusse bedeutete. Unter anderem deswegen unterschrieben über 3'000 Angestellte der Bahn die Verständigung nicht und wehrten sich mit Rekursen. Den zunehmend schlechten Arbeitsbedingungen bei der Bahn hält Meyer sein zynisch-neoliberales Weltbild entgegen. Angesprochen auf einen neuerlichen Einstellungsstopp, welcher mit einem Stellenabbau einher gehen wird, erwiderte Meyer: „Wir stehen in der Verantwortung, einen guten Service zu einem guten Preis-Leistungs-Verhältnis zu erbringen. Aber Stellen anzubieten, die es nicht braucht, widerspricht unserem Zweckartikel, der uns verpflichtet, nach betriebswirtschaftlichen Kriterien zu arbeiten. Wir sind ein verantwortungsvolles Unternehmen, aber nicht ein Sozialwerk mit Gleisanschluss.“ Diese Sichtweise vertrat Meyer seit seinem Amtsantritt, als er einen Abbau bei SBB Cargo anordnete, dem Stellen in Fribourg, Biel und Basel zum Opfer fielen. Im Zuge dieser Abbauwelle traf Meyer aber auch auf seinen grössten „Rückschlag“, welcher für ihn noch schlimmer ist als Unfälle: den erfolgreichen Streik in den Officine Bellinzona. Diese sind aber ein gutes Beispiel, dass nicht alles was Meyer vorschlägt richtig und gut für eine funktionierende Bahn ist: Trotz mehreren Angriffen der SBB-Führung auf die Officine, sind deren Hallen und Gleise immer noch gut gefüllt. Zwischenzeitlich mussten sogar neue Leute eingestellt werden.

smf

¹ Die Bahn hat einen festgelegten Gleisabstand – bei der SBB und den meisten Bahnen weltweit 1435 mm – verengt oder erweitert sich dieser, steigt das Risiko von Entgleisungen. Betroffenen Abschnitte können bis zu einer gewissen Toleranz (1430 – 1460 mm) mit tieferer Geschwindigkeit trotzdem befahren werden.

... und das neue Nachrichtendienstgesetz

Selbst die Botschaft des Bundesrates macht deutlich, dass den verantwortlichen Behörden Kenntnisse der Materie offensichtlich fehlen. Darüber hinaus scheint (auch) keine Bereitschaft vorhanden zu sein, sich mit den gesellschaftlichen Entwicklungen, die mit einem sol-



chen Überwachungsgesetz angestossen werden, auseinanderzusetzen.

Auch in der parlamentarischen Diskussion wird lieber auf das Expert_innenwissen von einigen Wenigen verwiesen und die Änderungen als notwendig und gegeben akzeptiert, als sich einer Grundsatzdebatte zu stellen. Ebenso wenig findet in der Politik eine Verknüpfung der Diskussionen rund um die Veröffentlichungen des ehemaligen Geheimdienstmitarbeiters Edward Snowden mit der aktuell traktandierten Ausweitung der Überwachungsgesetze statt. Dabei wird im Schatten des BÜPF noch eine weitere Revision durch den parlamentarischen Vernehmlassungsprozess gepaukt: Die Revision des Nachrichtendienstgesetzes (NDG). Einerseits baut es auf verschiedenen Überwachungsmechanismen des BÜPF auf und würde diese quasi mitbenutzen. Andererseits geht es aber noch viel weiter und hat ähnliche Mechanismen zur Folge, wie das viel kritisierte US-Überwachungsprogramm PRISM, dass weltweit Datenströme anzapft und diese zentral für die Auswertung durch

den Geheimdienst sammelt. Auch in der Schweiz sollen zukünftig Anbieter_innen dazu gezwungen werden, Datenströme (basierend auf bestimmten Stichwörtern) an das Zentrum für elektronische Operationen der Schweizer Armee zur Auswertung weiterzuleiten. Auch die Provider in der Schweiz sollen verpflichtet werden, diese Aufträge geheim zu halten. Die angestrebten Verschärfungen beider Revisionen würden noch viele weitere

Seiten füllen, die Stossrichtung der neuen Gesetze wird aber bereits mit den wenigen genannten Beispielen ersichtlich:

Noch mehr Daten sollen für noch längere Zeit und noch umfassenderer aufgezeichnet und dabei auch die Möglichkeit geschaffen werden, aktiv in Kommunikations- respektive Computersysteme einzudringen.

Ob dies nun für Strafverfolgungsbehörden oder für den Geheimdienst gilt, ist irrelevant. Was wir hier haben, ist eine Ausdehnung der bereits vorhandenen aktiven und passiven Überwachungsmöglichkeiten der (digitalen) Kommunikation der Gesellschaft. Gerade die digitale Kommunikation hat aber in den letzten Jahren massiv an Bedeutung gewonnen und wir müssen uns deshalb dringend die Frage stellen, inwiefern eine stetige Ausweitung der Überwachung unsere Gesellschaft schleichend, aber nachhaltig, beeinflusst und verändert.

Technische Lösungen reichen nicht

Es gibt zwar technische Möglichkeiten der stetigen Überwachung zu entgehen

und sich eine private Kommunikation zu ermöglichen. Beispiele hierfür sind:

- Der Einsatz von kryptographischen Mitteln - z.B. zur Verschlüsselung von E-Mails mit Hilfe von GnuPG / PGP.
- Die Nutzung von Tor zur Anonymisierung der Kommunikation.
- Die Wahl von Providern³, die eure Privatsphäre respektieren und die u.a. nur so wenig Daten wie nötig von euch speichern.

Diese und weitere technischen Massnahmen⁴ sind durchaus valable und seit Ewigkeiten propagierte Lösungen. So nutzte auch Edward Snowden gängige Mechanismen, wie GnuPG, um mit Glen Greenwald zu kommunizieren und propagiert, dass wir für die digitale Kommunikation noch mehr Verschlüsselung einsetzen sollen.

Die reine Fokussierung auf technische Lösungen gegen Überwachung greift politisch gesehen jedoch viel zu kurz. So führt dies unter anderem dazu, dass es auf der einen Seite immer nur einer technischen Elite möglich sein wird, sich der Überwachung einigermaßen zu entziehen. Auf der anderen Seite fokussieren wir einzig auf das Entfliehen vor der Überwachung. Dies mag kurzfristig von Nutzen sein und uns einen Freiraum verschaffen, der uns die Möglichkeit gibt ohne Überwachung zu kommunizieren. Doch genau diese Schaffung eines Freiraum durch die Nutzung von Kryptographie legt das Grunddilemma einer immer stärker überwachten Gesellschaft offen: Sie wird zunehmend eingengt und unterliegt einer minutiösen Kontrolle. Diese Überwachung wird dabei nicht nur stetig totalitärer - sprich allumfassender - sondern auch immer weniger sichtbar. Wir wissen zwar, dass Überwachung stattfindet, doch sie ist nicht mehr für alle offensichtlich präsent, wie dies etwa bei Überwachungskameras der Fall ist. Sie wird vielmehr zum Herrschaftsinstrument, welches bisherige staatliche Repressionsmittel - wie auch sichtbare Polizeipräsenz - ergänzt oder gar ganz ersetzt. Diese Mittel

³ <https://www.immerda.ch/important/friends.html>

⁴ <https://www.immerda.ch/important/bestpractices.html>

erfahren durch neue technische Entwicklungen eine bis anhin nicht vorhandene Effizienz und Perfektionierung. Hinzu kommt, dass sich die Überwachung von selbst erhält, da nun grundsätzlich alle verdächtig sind und allein die Kritik an dieser masslosen Überwachung zum Grund für die Überwachung selbst wird. Die Überwachung wird zum Schutz des Status Quo etabliert und damit selbst zum Status Quo.

Die Verschärfung der aktuellen Gesetzgebung - im Rahmen des neuen BÜPF - macht deutlich, dass staatliche Behörden weiterhin an einer Ausdehnung ihrer Überwachungs- und damit Herrschaftsmöglichkeiten interessiert sind. Aus einer libertären und herrschaftskritischen Perspektive sind solche Bestrebungen deshalb grundsätzlich abzulehnen. Eine fundamentale Opposition zu Überwachung ist richtig, jedoch muss sie weiter differenziert werden, da es sich schon lange nicht mehr nur um rein staatlich angeordnete Überwachung handelt. Viele der Überwachungsmechanismen, die sich Staaten wünschen und zunehmend in ihren Möglichkeitenkatalog aufnehmen, haben wir als Nutzer_innen von (Online-)Diensten schon lange im Sinne einer Dienstleistung akzeptiert und füttern sie bereitwillig mit unseren Daten. Wir sind schon lange freiwillige Kompliz_innen unserer eigenen Überwachung. Dass staatliche Akteure in diesem Fahrwasser ohne grossen Widerspruch ihre Kontroll- und Herrschaftsmöglichkeiten weiter ausbauen können, ist nicht weiter erstaunlich. Es sollte uns aber dazu anhalten, umfassender über staatliche sowie nicht-staatliche Überwachungs- und Kontrollmechanismen in unserer Gesellschaft zu diskutieren und aktiv dagegen vorzugehen. Die Kritik an Überwachungs- und Kontrollmechanismen in unserer Gesellschaft muss wieder prominenter auf die politische Agenda gebracht werden!

Michaela Berg
immerda.ch

Manipulatives Geschäftsgebaren

Happy Living in der Informationsgesellschaft oder wieso uns unsere Emotionen heilig sind.

Die Machenschaften von Facebook provozieren einige kritische Fragen, aus aktuellem Anlass vor allem zur Forschungsethik. Der Umgang mit Daten und Informationsflüssen von einer der sammelwütigsten Firmen steht schon länger in der Kritik, nun werden auch die Gefühle der Menschen manipuliert, um die Nutzer_innen als Objekt besser zu verstehen. Ein aus forschungsethischer Sicht mehr als fragwürdiges Vorgehen, doch aus Sicht der Betroffenen

Wir können den experimentellen Nachweis erbringen, dass emotionale Anstreckungseffekte auftreten, ohne dass es zu einer direkten Interaktion zwischen Menschen [...] kommt, unter vollständigem Ausschluss von nonverbalen Hinweisen. (aus dem Forschungsbericht, zitiert in der Washington Post)¹. Dabei ist das Resultat nicht besonders überraschend, aber mit ca. 690'000 Proband_innen doch eher aussagekräftig – viele Verhaltensstudien müssen mit deutlich weniger „Testobjekte“ auskommen.

Das liegt vielleicht daran, dass die Konzipierung einer solchen Studie nicht ganz einfach ist. Wenn die Proband_innen



stellt sich die Frage, was sich in diesem Forschungssetting wirklich vom Alltagszustand der gesteuerten Konsumation abhebt.

Der Grund zur Aufregung

Zur Erinnerung: Vor einigen Wochen kam zu Tage, dass die Newsfeeds von über einer halben Million Facebook-Kundinnen manipuliert wurden, um emotionale Reaktionen zu „erforschen“. Das Resultat besagt, dass wenn einer Person mehrheitlich „negative“ Nachrichten zugestellt werden, bzw. die „positiven“ vorenthalten werden, deren Stimmung davon parallel beeinflusst wird. Je schlechter also der News-Kanon, desto negativer kommen die eigenen Posts daher und umgekehrt.

Das Ergebnis steht vor allem im Bezug auf die Stimmungsbeeinflussung ohne persönliche Interaktion, d.h. ohne die Wahrnehmung von Stimmungen anderer Personen:

wissen, was mit der Studie untersucht wird, dann ist ihre emotionaler Zustand bereits kompromittiert. Bei Facebook hat niemand gewusst, dass er manipuliert wird. Oder doch? Facebook verweist auf die Allgemeinen Geschäftsbedingungen, in denen steht, dass die Daten zu Forschungszwecken verwendet werden können. Die Interpretation, dass damit auch die aktive Manipulation gemeint sein kann, ist aber doch etwas weit über das Selbstverständliche hinaus geschossen. Ein Sprecher von Facebook (im selben Artikel der Washington Post zitiert) meint aber:

Wir betreiben Forschung um unsere Dienstleistungen zu verbessern und um

(weiter auf Seite 6)

¹ <http://www.washingtonpost.com/news/morning-mix/wp/2014/06/30/facebook-responds-to-criticism-of-study-that-manipulated-users-news-feeds/>
Download am 16.08.2014)

Geschäftsgebahren (von Seite 5)

den Inhalt, den die Menschen auf Facebook sehen, so relevant und einnehmend [engaging] wie möglich zu machen... Welche Forschung wir betreiben wird vorsichtig überprüft und wir haben einen strengen internen Kontrollprozess.²

Dieser Überwachungsprozess wurde dann trotzdem angepasst, da es zwar wirklich eine externe Ethik-Kommission gab, diese schien aber nicht über die Manipulation informiert worden zu sein, sondern von der Auswertung bereits vorhandener Daten auszugehen.

Was aber wirklich aus diesem Zitat hervorgeht, ist das Facebook durchaus das Ziel hat ihre Kund_innen zu „bezaubern und einzunehmen“, soviel bedeutet engaging als Adjektiv. Die anderen Bedeutungen von engaging stammen aber alle aus dem technischen Umfeld und beschreiben einen Einschaltprozess oder gar spezifische Maschinenteile. Kund_innen auf diese Art und Weise einzunehmen hat also nicht nur mit dem emotionalen Empfinden zu tun, sondern impliziert auch ein Verständnis von Gesellschaft als Maschine. Die Gesellschaftsmaschine wiederum besteht für Facebook vor allem aus Informationsflüssen und -Interpretationen. Facebook verdient also Geld im Herzen der Maschine mit der Organisation und Steuerung von Informationen.

Die Problematik der Forschungsethik

Forschungen, die den Menschen, beziehungsweise dessen emotionale Selbstwahrnehmung beeinflussen, sind sehr heikel. Wir lassen uns zwar in der Interaktion mit anderen Menschen gerne beeinflussen und finden es auch nicht immer schlimm, wenn wir von „schlechter Stimmung“ angesteckt werden, wir lassen uns aber nicht gerne manipulieren. So ist es ganz OK, wenn Facebook-Gruppen emotionsmanipulative Ziele haben, wenn aber die Firma ihre Datenmassenverwaltung untersucht, und dabei die Kund_innen kurzerhand zur transparenten Laborratte macht, sieht die Sache anders aus.

Wie das Verhältnis zwischen Schüler_in und Lehrer_in, besteht zwischen den einzelnen Facebook-Nutzer_innen und dem Konzern ein Wissens- und Machtgefälle, das zu einer Abhängigkeit der Einzelperson vom „guten Willen“ der Institution führt. Im Unterschied zur Schule hat Facebook aber keine übergeordnete Instanz, die sich für moralische und ethische Fragen zuständig sieht, oder habt Ihr das Gefühl diese Themen stehen bei Aktionär_innen und Aufsichtsrät_innen auf der Agenda?

Was wirklich für Aufregung sorgen sollte

Emotionen sind den meisten Menschen heilig. Natürlich, denn auch wenn wir sie nicht wirklich unter Kontrolle haben, sehen wir in ihnen unsere Persönlichkeit definiert. In einer Mischung aus Genetik (wovon wir alle nur eine relativ haltlose Vorstellung haben), unserer Erziehung (wovon wir doch immerhin noch ein paar persönliche Erinnerung haben) und eben unserer (gegenwärtigen) Emotionen definiert sich die „Persönlichkeit“.

Vor lauter Heiligkeit kann die Diskussion natürlich nicht sachlich erfolgen. Aus einer wissenschaftlichen Sicht ist es durchaus eine Frage Wert, unter welchen Bedingungen der Mensch als Teil der Gesellschaft untersucht werden kann. Der maschinelle Ansatz, wie oben impliziert, kann aber auf individueller Ebene nicht akzeptiert werden. Während dem eine Ethik-Kommission zwar notwendige Begleiterin einer Forschung am Menschen sein kann, bedeutet ihre Existenz noch lange nicht, das die Proband_innen ihr Selbstbestimmungsrecht an diese delegiert haben.

Der Umgang mit Forschungen am Unbewussten ist aber nicht direkt Gegenstand dieses Artikels, auch will ich hier kein „Modell“ für eine Forschungsethik entwickeln. Viel mehr stellt sich die Frage, mit welchem Selbstverständnis die Menschen an Facebook und ähnlichem teilnehmen.

Interaktion oder Kapitalakkumulation

In den Diskussionen und Artikeln zu den Manipulationsvorwürfen an Facebook,

aber auch in Gesprächen über andere Firmen, stösst man oft auf ein Unbehagen diesen gegenüber. Gleichzeitig wird aber wieder abgewiegelt, damit dieses Unbehagen nicht dem alltäglichen Gebrauch der „Angebote“ in die Quere kommt.

Ein Hauptgrund zur praktischen Akzeptanz von Facebook ist immer wieder die Masse der Beteiligten, oder wie eben ohne die Teilnahme das Gefühl des Aussenseitertums entsteht. Dabei wird gerade das Hauptproblem zur Legitimation benutzt. Als Ausgangspunkt einer Diskussion der neuen Medien sollte mal die Rolle der grossen datensammelnden Institutionen in unserer Gesellschaft aufgezeichnet werden. Und ich spreche hier wirklich nicht von der NSA oder anderen Herrschaftsapparaten. Viel mehr geht es um die Entwicklungs- und Kontrollmechanismen, die hinter den technologischen Lifestyleangeboten (wie Google, Gameplattformen oder ähnlichem) stehen. Auf intransparente Weise werden Technologien entwickelt, die einerseits die Menschen auf dem Planeten einander näher bringen – unter kapitalistisch-konsumistischem Vorzeichen – und andererseits den Menschen zum gläsernen Objekt machen. Da die Haupteinnahmen über die Werbebetats anderer Firmen zustande kommt, hat Facebook ein grosses Interesse herauszufinden, wie die Menschen Ticken, um eben immer effizienter auf Lifestyleverhalten Einfluss nehmen zu können. Dafür müssen Kund_innen möglichst aus allen Lebenslagen Informationen preisgeben.

Die Kräfte des „freien“ Marktes

Was mit grossangelegten Datensammlungen aus der alltäglichen und überregionalen Interaktion der Menschen alles angefangen werden kann ist wohl noch offen und soll hier auch nicht einfach verteufelt werden. Zur Zeit erleben wir erst den Anfang – den Aufbau der notwendigen Infrastruktur. Problematisch daran finde ich nicht in erster Linie die Infrastruktur der Interaktion, sondern die Interessenlage der Ausführenden und deren Kontrol-

² <http://www.washingtonpost.com/news/morning-mix/wp/2014/06/30/facebook-responds-to-criticism-of-study-that-manipulated-users-news-feeds/> Download am 16.08.2014)

³ Auf welche Weise diese von Daten profitieren, die die angesprochenen Firmen sammeln, oder von Programmentwicklungen zur Datenverwaltung, ist ein anderes Thema

Anarchosyndikalismus heute

le über das Ganze. Die Firmen sind nur den staatlichen Gesetzen und der Aktionärskontrolle unterstellt. Dabei unterliegen die Interessen der Aktionär_innen dem Renditenprimat und der Staat hat beim Thema des Gesellschaftsmanagements schon immer zur Überwachung und Kontrolle tendiert.

Der Handlungsraum von Facebook und Co. sprengt die nationalen Grenzen. Die kritisierten Firmen bauen im transnationalen Raum Strukturen auf, die die Menschen zu ihren Bedingungen und unter ihrer Kontrolle vernetzen. Zusammen mit der geheimniskrämerischen Geschäftspraxis können die Nutzer_innen also nicht davon ausgehen, dass ihre Interessen zuoberst auf der Agenda stehen. So reicht es auch nicht eine Expert_innenkommission damit zu betrauen, die dann doch nur einen kleinen Ausschnitt der Strategien und Vorgehensweisen zu sehen bekommt.

Um eine Diskussion dieser Zustände, beziehungsweise dieser Entwicklungen zu führen, können die Menschen zur Zeit fast nur auf die kritisierten Strukturen selbst zurückgreifen. Alternativen gibt es durch ähnliche Programme, die von nichtprofitorientierten Gruppen mit einem kritischen Selbstverständnis zur Datenanhäufung und Privatsspähre zur Verfügung gestellt werden. Gerade aus dem Blickwinkel von basisdemokratischen Strukturen bieten interaktive Plattformen viel Potential. Um dieses zu entwickeln, sind die alternativen Projekte auf eine breite Unterstützung angewiesen.

s.deo

¹ Die wichtigste Grundlage für diesen Text bildete das Buch Neumann, Alexander. 2010. Kritische Arbeitssoziologie. Ein Abriss. Stuttgart: Schmetterling Verlag. Aus Gründen der Lesbarkeit wurden Verweise nur bei wörtlichen Zitaten eingefügt

Mit dieser Ausgabe beginnt eine Serie von Interviews und Artikeln zu gegenwärtigen Formen anarchosyndikalistischer Praxis. Im nachfolgenden Interview erzählen Stefan Kuhnt, aktueller Pressesekretär der FAU Berlin (wiedergewählt im Juli 2014), und Markus Weise, aktueller Sekretär für gewerkschaftliche Aktion (bis September 2014), von den Entwicklungen im Raum Berlin.

Wie ist euer Syndikat entstanden?

Stefan: Seit 1991 gibt es ein Berliner Syndikat. Zuvor gab es seit 1978 immer mal wieder eine Westberliner FAU. Es gab sogar eine FAU Gruppe in der



DDR. Nach einem Crash in der Berliner Lokalföderation im Jahr 2007 wurde ein Neuanfang gewagt. Das war eine wichtige Station für unsere Gewerkschaft. Wir fehlten an der internen Struktur, und schufen so die Grundlage für das Wachstum in Berlin, welches nach dem Babylon-Konflikt einsetzte. Seitdem überarbeiten wir immer wieder unsere Struktur, arbeiten an unserer Taktik und können dadurch seit 2008 ein kontinuierliches Wachsen unserer lokalen Basisgewerkschaft und eine kontinuierliche gewerkschaftliche Praxis vorweisen. Die FAU Berlin hatte damit sozusagen schon viele kleine und grosse „Entstehungsmomente“.

Warum die FAU? Was unterscheidet euch von einer anderen Gewerkschaft? Und was von anarchistischen Gruppen?

Markus: Warum die FAU? Gute Frage, einfache Antwort: Weil sie momentan die

einzigste Basisgewerkschaft in Deutschland mit anarchosyndikalistischem Anspruch ist. Wäre eine andere z.B. die IWW wirkungsmächtiger, und wir kleiner, da bin ich mir sicher, wäre vielleicht ein Grossteil unserer Mitglieder in dieser eingeschrieben. Die Leute hier wollen eine funktionierende kämpferische Basisgewerkschaft. Was uns von anderen Gewerkschaften unterscheidet, liegt auf der Hand. In der FAU legen wir grossen Wert auf Selbstorganisation d.h. wir sind keine Dienstleistungsgewerkschaft. Als Mitglied wird von dir erwartet, dass du dich einbringst, dass du dir Knowhow erarbeitest und dass du nicht erwartest,

dass andere für dich agieren. Natürlich haben wir auch keinen bezahlten Funktionsapparat und die letzten Entscheidungen treffen die Betroffenen selbst. Die Betroffenen entscheiden wann und wie ein Kampf geführt wird und erhalten dabei die Unterstützung des Syndikats.

Was uns von anarchistischen Gruppen unterscheidet, ist unser klarer Fokus auf die Arbeitswelt – und dass wir uns als Sozialorganisation, und nicht als politische Gruppe begreifen. Wir sind der Auffassung, dass Veränderungen in der Gesellschaft dort erkämpft werden sollten, wo wir die meiste Zeit des Tages verbringen, also auf der Arbeit. Natürlich wünschen wir uns auch die Organisierung von Studierenden und Erwerbslosen oder auch Illegalisierten in der FAU. Letztlich können auch sie sich kaum dem Arbeitsmarkt, beziehungsweise der Lohnarbeit entziehen. Die Arbeit bestimmt für die meisten Menschen ihren Lebensrhythmus und dort erleben wir hautnah die Klassengesellschaft. Es ist gut, nach der Arbeit auf Demos zu gehen oder sich sonst wie politisch zu engagieren, aber wenn man dann auf der Arbeit

(weiter auf Seite 8)

Anarchosyndikalismus (von Seite 5)

das Maul hält, wird sich nicht viel verändern.

Stefan: Ein weiteres Unterscheidungskriterium zu anarchistischen Gruppen ist, dass du, um im Berliner Syndikat Mitglied zu werden, nicht Anarchistin oder Anarchist sein musst. Bei der Aufnahme fragt man dich lediglich welchen Beruf du hast, bzw. ausübst. Du musst allerdings akzeptieren, dass wir nach anarchosyndikalistischen Prinzipien organisiert sind. Wir gehen davon aus, dass die Leute sich Gedanken gemacht haben, warum sie zu uns kommen. Eine „ideologische Überprüfung“ wirst du bei uns nicht finden.

Wie setzt sich euer Syndikat momentan zusammen und wie ist es organisiert?

Markus: Derzeit besteht das Berliner Syndikat als ein allgemeines Syndikat das wiederum sechs Branchen- oder Sektionsektionen beinhaltet. Die Theorie besagt, dass aus diesen Branchensektionen irgendwann eigenständige Syndikate entstehen und sich die Syndikate in einer Lokalföderation zusammenschliessen. Soweit sind wir aber noch nicht. Oberstes Entscheidungsgremium ist unsere monatliche VV bei der alle grundlegenden Entscheidungen getroffen werden. Hierfür wird eine schriftliche Debatte erstellt die die Tagesordnung und alle Anträge beinhaltet. Die Debatte wird allen Mitgliedern zugeschickt, so dass sich diese bis zur VV damit auseinandersetzen können und fundierte Entscheidungen fällen können. Entscheidungen werden bei uns nach dem Mehrheitsprinzip gefällt. Zwischen den VV's übernimmt ein, derzeitig siebenköpfiges, Sekretariat das Alltagsgeschäft. Das Sekretariat hat nur ausführende Funktionen und kann keine tiefgreifenden Entscheidungen treffen. Alle Sekretariatsposten sind mit einem klaren schriftlichen Mandat versehen. Gewählt werden die Mitglieder des Sekretariats jeweils für ein Jahr, sie sind jederzeit abwählbar und können den Posten höchstens drei Jahre ausfüllen. Die gewerkschaftliche Arbeit findet zumeist in den Sektionen oder in temporären AG's statt. Diese treffen sich mindestens einmal im Monat und berichten auf der VV über ihre Arbeit.

Wie sieht eure gewerkschaftliche Praxis aus? Seid ihr gegenwärtig oder wart

ihre in letzter Zeit in Kämpfe involviert? Könnt ihr diese kurz erläutern?

Markus: Seit ca. zwei Jahren sind wir immer in irgendwelche Kämpfe oder Konflikte involviert. Derzeit haben wir zwei grössere Auseinandersetzungen, die eine mit der grünen Heinrich Böll Stiftung (HBS) beschäftigt uns nunmehr seit über einem Jahr. Angefangen hat es damit, dass einem unserer Mitglieder aufgefallen ist, dass er bei der HBS als Leiharbeiter angestellt ist, obwohl der Verleiher dazu keine Genehmigung hat. Vor Gericht wurde festgestellt dass die Arbeitsverhältnisse nunmehr direkt mit der HBS bestehen. Die HBS versucht seit diesem Zeitpunkt die Betroffenen aus dem Betrieb heraus zu ekeln. Juristisch befindet sich der Konflikt nunmehr in der zweiten Instanz. Die FAU Berlin ist ungefähr folgendermassen an den Konflikt herangegangen: zuerst fand eine Prüfung der Rechtslage statt, dann wurde versucht Betroffene, die nicht in der FAU organisiert waren mit einzubeziehen, was uns auch gelungen ist. Danach wurde Klage eingereicht und eine Öffentlichkeitskampagne gestartet, um die Geschäftsleitung unter Druck zu setzen. Dabei waren die Syndikate in anderen Städten, wie so oft bei Konflikten der Vergangenheit, eine grosse Hilfe! Gesprächsangebote an die Geschäftsleitung wurden bisher von dieser ignoriert. Sie erkennt die FAU nicht als Gesprächspartnerin an.

Der zweite grössere Konflikt besteht mit der Schwedischen Schule in Berlin, die ihr gesamtes Lehrpersonal, darunter zwei Mitglieder des Berliner Syndikats, entlassen hat, um danach über neue und schlechtere Arbeitsverträge zu verhandeln. Auch bei diesem Konflikt wählten wir eine Kombination aus juristischem und öffentlichem Vorgehen. Dankbar sind wir bei diesem Konflikt über die Solidarität, die die schwedische Basisgewerkschaft SAC leistet, indem sie über Kundgebungen und Pressearbeit in Schweden den Druck auf den Arbeitgeber erhöht.

Habt ihr weitere Kampagnen am laufen?

Stefan: In der FAU Berlin bestehen derzeit etliche AG's, die zu den verschiedensten Themen arbeiten. So arbeitet z.B. unsere Gender AG zu Sexismus am Arbeitsplatz, die Sektion Harz IV beschäftigt sich mit dem Sanktionsprinzip

der Job Center. Ausserdem werden in den Sektionen Arbeitskonflikte vorbereitet bzw. Branchen relevante Themen bearbeitet, wie beispielsweise unbezahlte Praktika oder prekäre Arbeitsverhältnisse nicht-deutschsprachiger Menschen in Berlin.

Welche Herausforderungen stellen sich euch momentan als Syndikat?

Markus: Meiner Meinung nach ist unsere derzeitig grösste Herausforderung die wachsende Anzahl von Mitgliedern zu integrieren und entsprechend ihrer individuellen Fähigkeiten und Bedürfnisse mit einzubeziehen. Unser Syndikat hat mittlerweile eine Grösse erreicht, die auch einen allmählichen Wandel mit sich bringt: es ist eben nicht mehr so, dass alle alle kennen. Gleichzeitig wächst die Diversität der Lebensumstände, der Ziele und der Erwartungen an uns als Gewerkschaft. Bei alledem muss dennoch gewährleistet sein, dass weiterhin alle an einem Strang in die selbe Richtung ziehen und unsere Prinzipien nicht verwässert werden. Da gilt es praktikable Lösungen zu finden die auch für die Zukunft noch tragfähig sind.

Anarchosyndikalismus hier+jetzt

Anarchosyndikalismus wird – wenn überhaupt – hauptsächlich mit der Vergangenheit in Verbindung gebracht: Von allen Bewegungen ist wohl die historische spanische CNT-FAI noch die am meisten bekannte. Noch weniger als über die Vergangenheit ist jedoch über die Gegenwart des Anarchosyndikalismus bekannt. Die mit dieser Ausgabe beginnende Serie setzt genau hier an: Mit der in dieser Ausgabe beginnenden Serie wollen wir die Aktualität des anarchosyndikalistischen Konzeptes zur Diskussion stellen. Dazu erhalten verschiedene (vorerst deutschsprachige) anarchosyndikalistische Syndikate eine Plattform, um ihre Entstehung, ihre Funktionsweise sowie ihre gegenwärtigen Kämpfe und Herausforderungen darzustellen. Wir hoffen, dadurch den Anarchosyndikalismus greifbarer zu machen und, wer weiss, vielleicht die eine oder den anderen dazu zu bewegen, auch in ihrer/seiner Stadt anarchosyndikalistisch aktiv zu werden.

FAU Bern

Nach Belieben lieben: Eifersucht im Anarchismus

Anarchismus ist mehr als eine politische Philosophie, nämlich eine Lebenseinstellung, die über das Politische hinausgeht und auch das Persönliche betrifft. Damit einbezogen sind Liebesbeziehungen. Natürlich gibt es verschiedene Vorstellungen davon, wie eine Liebesbeziehung – eine Freie Liebe – anarchistisch gelebt werden kann, doch eine Hürde zur vollen Entfaltung der idealen Freien Liebe ist die Eifersucht. Zu ähnlichen Schlüssen sind auch schon berühmte anarchistische Theoretiker_innen gelangt. Zwei prägnante Beispiele anarchistischer Erörterungen der Eifersucht möchte ich im folgenden vorstellen. Die erste ist von Emma Goldman und die zweite von Émile Armand. Die Beispiele sind nicht zufällig gewählt, denn sie sind gegensätzlich.

Emma Goldman: Gegen die Ehe

Emma Goldman (1869-1940) ist eine zentrale Persönlichkeit der anarchistischen Philosophie. Sie war eine Querdenkerin und Revolutionärin und ihre Ideen finden bis heute grossen Einfluss auf viele Anarchist_innen. Auch der Begriff der Freien Liebe kann kaum diskutiert werden, ohne sich auf Emma Goldman zu beziehen.

Emma Goldmans eigener Bezug zur Eifersucht hatte sie durch die offene Beziehung zu Ben L. Reitman. Dieser machte sich als „King of the Hobos“ durch seine Eskapaden und durch seine Promiskuität einen Ruf und stiess selbst bei Emmas engerem Freundeskreis auf Ablehnung.

Aus dieser Erfahrung setzte sich Goldman mit der Eifersucht auseinander, am deutlichsten in ihrer Vorlesung *Jealousy: Causes and a Possible Cure* (1915). Wie im Titel bereits vorweggenommen, konzeptualisiert Goldman Eifersucht als Krankheit. Obwohl sie das Wort „Krankheit“ im Text nie benutzt, sind das Verständnis von Ursache und Wirkung – ähnlich wie bei einer Krankheit – zentral in dieser Konzeptualisierung: Wie jede andere Krankheit ist diese auf spezifische Ursachen (*causes*) kausal zurückzuführen und eine Überwindung („Heilung“ = *cure*,) ist dadurch möglich, dass die Ursachen erkannt und eliminiert werden müssen.

Als zentrale Ursache der Eifersucht sieht Emma Goldman die Ehe und vor allem das damit einhergehende sexuelle Monopol:

Denn aus dem sexuellen Monopol, welches ein Mann auf Grund der Ehe über seine Frau habe und die Frau über ihren Mann, resultiere das Verlangen zu besitzen – und nach Rache, sollte das Monopol gebrochen werden. Diese Gefühle von Besitzen und Rache liegen der Eifersucht zugrunde. Weil die konservative Ehe etwas künstliches sei – Goldman behauptet „primitive“ Kulturen kennen keine Monogamie – so sei auch die daraus resultierende Eifersucht etwas künstliches, und keinesfalls etwas natürliches.

Goldman anerkennt, dass auch viele Beziehungen ausserhalb einer Ehe von Eifersucht geplagt sein können. Dies führt sie auf die Sozialisation zurück: Das aus der Ehe resultierende sexuelle Monopol sei derart stark in den Menschen verankert, dass es äusserst schwierig sei, die Gewohnheiten zu überwinden, welche die Ehe uns seit Jahrhunderten aufbürdet. Eifersucht, so das Fazit Goldmans, habe nichts mit der Liebe zwischen zwei gleichgestellten und freien Menschen zu tun.

Da die Ehe, und vor allem das sexuelle Monopol, die Ursachen von Eifersucht seien, gelte es diese zu überwinden. Die Lösung sei, die Ehe abzuschaffen, aber insbesondere setzt sie der erzwungenen Monogamie offene Beziehungen entgegen. Dies setze aber voraus, dass sich Staat, Religion und Moral nicht in das Liebesleben von Menschen einmischen dürfen, dass Menschen ihre eigene Einzigartigkeit und Menschlichkeit gegenseitig anerkennen, und sich unter diesen Umständen gleichwertig behandeln. Zudem müsse die Erkenntnis einhergehen, dass jede Liebe etwas schönes und lohnenswertes sei, auch wenn sie nur von kurzer Dauer ist. Gerade der krampfhafteste Versuch der Ehe, eine Liebe zwanghaft zu verlängern, führe zu Eifersucht und dem laut Goldman „unnatürlichen Liebesleben“ ihrer Zeit.

Sind diese Ursachen (Ehe, sexuelles Monopol) sowohl institutionell wie auch in den

Köpfen der Menschen beseitigt, wird nach Goldman auch die Wirkung (Eifersucht) nicht auftreten.

Émile Armand: der sinnliche Überfluss

Émile Armand (1872–1962, eigentlich: Ernest Juin) war ein Vertreter des individualistischen Anarchismus. Armand befasste sich



mit verschiedenen grundlegenden Themen des anarchistischen Theoretisierens unter dem spezifischen Fokus des Individualanarchismus, jedoch waren sexuelle Freiheit, Freie Liebe („*camaraderie amoureuse*“) und Eifersucht ab den 1920er Jahren die Hauptthemen seiner 1922 gegründeten Zeitschrift *L'En Dehors*.

Armand befasste sich aber nicht nur intellektuell mit diesen drei Themen sondern auch aktivistisch. Er gründete verschiedene Gruppierungen zum Beispiel die *Association internationale de combat contre la jalousie sexuelle et l'exclusivisme en amour* (AICCJEA), mit dem Ziel, sexuelle Freiheit zu fördern – sich für die Auslebung der „*camaraderie amoureuse*“ zu treffen und zu vernetzen – und Eifersucht zu überwinden. Armand ging es nicht nur darum, Menschen sexuell zu befreien, sondern auch darum, die sexuelle Prüderie seiner anarchistischen Gesinnungsgenoss_innen zu entlarven.

Das Spezielle an seiner Konzeptualisierung von Eifersucht ist, dass sie sich von der Konzeptualisierung Goldmans in der Umkehrung der Kausalität von Ursache und Wirkung unterscheidet. Bei Armand sind

(weiter auf Seite 10)

Eifersucht (von Seite 9)

nicht Kapitalismus, Staat, Religion, (oder eine andere autoritäre Institution wie die Ehe bei Goldman) Schuld an Eifersucht, sondern genau im Gegenteil: Eifersucht ist die Auslöserin dieser Übel.

Ähnlich wie Goldman behandelt Armand Eifersucht wie eine (Demenz-)Krankheit, er spricht von Eiferstüchtigen als „le malade“ und sucht nach einem Heilmittel gegen sie: „le remède à la jalousie“.

Im Gegensatz zu Goldman jedoch, die Eifersucht explizit als etwas künstliches betrachtete, ist Eifersucht für Armand implizit etwas menschliches. Sie entstehe nicht aus der Sozialisation des Menschen in einer unfreien Gesellschaft, sondern umgekehrt, sie entspringt aus unbefriedigten (unerwiderten) sexuellen und emotionalen Bedürfnissen. Es seien just die Nicht-Auseinandersetzung und die Nicht-Überwindung der Eifersucht, die schliesslich zu einer unfreien Gesellschaft führen (und schliesslich zu totalitären Regimes wie dem Faschismus im frühen 20. Jahrhundert, den Armand miterlebte).

Armand unterscheidet zwischen drei Typen von Eifersucht:

1) die Eifersucht des Besitzens (*jalousie propriétaire*) entsteht dadurch, dass ein Mensch einen anderen Menschen als Besitz betrachtet. Aus dieser Eifersucht entspringen die moralischen Wertvorstellungen, die der Ehe und der Monogamie zu Grunde liegen.

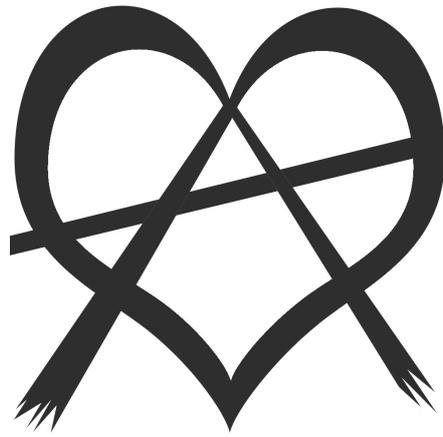
2) die Eifersucht der Sinnlichkeit (*jalousie sensuelle*) kann ausgelöst werden, wenn sich eine Person A aus einer Beziehung mit Person B zurückzieht und B unter dem Mangel an sinnlicher Zuneigung leidet, insbesondere unter dem Wissen, dass diese Sinnlichkeit nun von einer dritten Person C genossen wird.

3) die Eifersucht der Gefühle (*jalousie sentimentale*) entsteht, wenn die Freundschaft und Intimität zwischen zwei Personen abnimmt. Armand nennt es die schlimmste Form der Eifersucht, ihre Heilung dauert am längsten und könne in manchen Fällen unheilbar sein.

Die erste Form der Eifersucht ist für Armand irrelevant, weil aus anarchistischer Perspektive lächerlich. Die zweite und dritte Form der Eifersucht suchen jedoch nach einer Bewältigung und da sieht Armand vor allem eine konkrete Strategie: Den Überfluss an Liebe und Sinnlichkeit. Wenn jeder und jedem ein Überfluss an Liebe, Freund-

schaft und Sinnlichkeit zur Verfügung stehe, könne die Eifersucht gestillt werden, wie der Hunger mit einem Überfluss an Nahrung. Damit dies in der Praxis funktioniere und niemand ausgeschlossen werde, sollten dementsprechend alle für einander verfügbar sein.

Sich aus Kameradschaft seinen Gesinnungsgenoss_innen hinzugeben, um deren sexuelle Verlangen zu befriedigen, ist für Armand ein für beide Parteien erfreulicher Freundschaftsdienst. Armand bestritt, Sex gegen den Willen einer Person zu propagieren. Jeder und Jede habe die völlige Freiheit sich jemandem hinzugeben die/der gefalle, und jemanden abzuweisen, der/die



nicht gefalle. Jedoch, betonte Armand, würde sich keine gesunde und normale Person einem/r Kamerad_in verweigern, zu der/dem sie eine Zuneigung verspüre, sei sie körperlich oder intellektuell.

Diskussion

Aus den gegensätzlichen Positionen von Armand und Goldman lässt sich meines Erachtens die Grundfrage ableiten, ob Eifersucht etwas Anerzogenes oder Angeborenes sei. Bei Goldman ist die Eifersucht etwas Anerzogenes, sie entspringt der Sozialisation in der westlichen Gesellschaft und deren normativen Vorstellungen des sexuellen Monopols.

Diese Ansicht findet sich auch in vielen gegenwärtigen anarchistischen Diskursen über Eifersucht und Freie Liebe. Eifersucht wird oft als Folge der Sozialisation im (patriarchalen) Kapitalismus gesehen: Der Kapitalismus hegt das Besitz- und Konkurrenzdenken, was sich auf Liebesbeziehungen niederschlägt. Liebespartner_innen werden als Besitz betrachtet, der Verlust des Besitzes löst Eifersucht aus. Die Eifersucht

verstärkt sich aus dem Stress, sich auch in der Liebe in ständiger Konkurrenz zu anderen sehen zu müssen.

Interessant ist dabei, dass Armands individualanarchistischer Ansatz das Verhältnis zwischen Herrschaft und Eifersucht umkehrt. Bei ihm ist die Eifersucht zwar bewältigbar, aber sie scheint dem Menschen angeboren. Erst die Tatsache das Menschen Eifersucht in Liebesdingen nicht bewältigen können führt zu Herrschaftsstrukturen. Diese Grundfrage, ob Eifersucht angeboren oder anerzogen sei, lässt sich aus meiner Sicht aber nicht so einfach beantworten. Aus der anthropologischen und psychologischen Literatur durch die ich mich bisher gearbeitet habe, zeichnet sich für mich eher das Bild ab, dass Eifersucht beides ist, sowohl anerzogen wie auch angeboren. Die Fähigkeit Eifersucht zu spüren scheint angeboren. Jedoch scheint die Art und Weise wie sich Eifersucht manifestiert und in welchen Situationen sie sich manifestiert abhängig vom Individuum, von der Kultur in der das Individuum sozialisiert wurde und vom Bereich, den sie betrifft, also Liebesbeziehung, Erfolg bei der Arbeit, Status, etc. In dieser Hinsicht sind meines Erachtens auch Gerüchte über anscheinend eifersuchtslose Kulturen mit Vorbehalt zu geniessen. Der Soziologe Ira L. Reiss kam zum Schluss, dass alle Kulturen sexuelle Eifersucht kennen und es bisher keiner Kultur gelungen ist, Eifersucht zu eliminieren, auch wenn manche Kulturen besser damit umgehen können als andere – eine Position die ich unterstütze.

Bezogen auf anarchistische Diskurse zu Eifersucht bin ich deshalb nicht bereit, den Kapitalismus – oder besser gesagt: die Sozialisation im Kapitalismus – als alleiniger Auslöser der Eifersucht zu akzeptieren. Zwar bin ich, wie erwähnt, der Meinung, dass Eifersucht teilweise auch kulturabhängig ist, jedoch bin ich überzeugt, das Eifersucht eine derart komplexe Emotion ist, dass Besitzdenken allein nicht ausreicht, um sie zu erklären. Die anarchistische Debatte über Eifersucht und Freie Liebe könnte aus meiner Sicht auch fruchtbarer geführt werden, wenn sie sich nicht allzu sehr vom Antikapitalismus beeindruckend liesse, denn auch nach dem Kapitalismus wird Eifersucht ein Thema sein. Und folgten wir Armand in seiner Logik, würde sie auch dann zu neuen Herrschaftsstrukturen führen. Ein erweiterter Blick ist also sinnvoll.

Grims Walden

Die Freie Arbeiter_innen Union Bern ist eine Gewerkschaftsinitiative aus dem Raum Bern. Aufbauend auf anarcho-syndikalistischen Prinzipien versteht sie sich als basisdemokratische und kämpferische Alternative zu den sozialpartnerschaftlichen Gewerkschaften. Sie ist:

KÄMPFERISCH: Weil die Interessen der Arbeiter_innen denjenigen des Kapitalist_innen radikal entgegengesetzt sind. Weil die grossen sozialen Fortschritte nur durch soziale Kämpfe und Mobilisierungen errungen wurden.

SELBSTBESTIMMT: Weil Entscheidungen von den Direktbetroffenen getroffen werden sollen und nicht von Parteispitzen und Funktionären. Weil Hierarchien im Gegensatz zu einer egalitären und selbstorganisierten Gesellschaft stehen.

SOLIDARISCH: Weil einzig Reflexion, gegenseitige Hilfe und die berufsübergreifende Aktionen den Gruppenegoismus überwinden können.

ANTIKAPITALISTISCH: Weil wir diejenigen sind, welche alle Güter herstellen und alle Dienstleistungen erbringen, sollen sich diese nach dem Wohle der Gemeinschaft orientieren und nicht nach dem Profit einiger weniger. Wir denken deshalb, dass der Syndikalismus an einem politischen Projekt für eine gerechte, egalitäre und freie Gesellschaft arbeiten muss... Das heisst an einem revolutionären Projekt.

Schwarze Katze?

Die schwarze Katze als Symbol für selbstorganisierte Arbeitskämpfe wurde im frühen 20. Jahrhundert vom IWW-Mitglied Ralph Chaplin erschaffen. Die Katze, auch „Sab Cat“ genannt, wird heute von libertären Gewerkschaften auf der ganzen Welt als Symbol benutzt. Wir freuen uns über Kommentare, Rückmeldungen und Kontakte an: info@faubern.ch. oder zeitung@faubern.ch.



Arbeitszeit

Wöchentliche Arbeitszeit

Die Höchstarbeitszeit beträgt gemäss ArG (Arbeitsgesetz) je nach Branche 45 oder 50 Stunden. Die meisten GAV (Gesamtarbeitsverträge) sehen tiefere Arbeitszeiten (40 bis 41 Stunden) vor.

Tages-, Abend- und Nachtarbeit

Die Arbeit zwischen 6 und 20 Uhr gilt als Tagesarbeit, die von 20 bis 23 Uhr als Abendarbeit. Betriebe können Abendarbeit ohne Bewilligung einführen. Für Abendarbeit muss kein Zuschlag bezahlt werden. Für Nachtarbeit, also von 23/24 Uhr bis 5/6 Uhr braucht der Betrieb eine Bewilligung. Vorübergehende Nachtarbeit muss mit einem Zuschlag von 25% entschädigt werden. Regelmässige Nachtarbeit muss mit 10% Zeitkompensation ausgeglichen werden (mit Ausnahmen). Für NachtarbeiterInnen gibt es Schutzregelungen zu medizinischer Beratung, Arbeitsweg, Verpflegung, Kinderbetreuung, etc.

Pausen

Wenn der Arbeitsplatz während den Pausen nicht verlassen werden darf, gilt die Pause als Arbeitszeit. Das ArG legt die gesetzlichen Mindestansprüche fest:

Mehr als 5 ½ h Arbeitszeit	15 Minuten
Mehr als 7 h Arbeitszeit	30 Minuten
Mehr als 9 h Arbeitszeit	60 Minuten

Das ArG regelt auch in welcher maximalen Zeitspanne die tägliche Arbeitszeit inkl. Pausen und Überzeit liegen darf, sowie welche Ruhezeiten zwischen den Einsätzen eingehalten werden müssen.

Überstunden/Überzeit

Um Überstunden handelt es sich, wenn mehr als das abgemachte Pensum gearbeitet wird. Überzeit ist das Überschreiten der Höchstarbeitszeit (je nach Branche 45 bis 50 Stunden).

Wenn spezielle Ereignisse es nötig machen, kann der Betrieb Überstunden/Über-

zeit anordnen, soweit diese für dich „zumutbar“ sind. Regelmässige Überstunden/Überzeit sind nicht erlaubt. Wenn du die Überstunden nicht durch Freizeit kompensieren und wenn nichts anderes schriftlich festgelegt ist, müssen die Überstunden mit einem Lohnzuschlag von 25% entschädigt werden. Bei Überzeit ist – im Unterschied zu Überstunden – keine vertragliche Abweichung von dieser gesetzlichen Regelung möglich.

Achtung: Viele Betriebe drücken sich um das Auszahlen von Überstunden und Überstundenzuschlägen. Besonders betroffen sind Teilzeitarbeitende. Schreib deine Überstunden auf und lass diese Aufstellung jeden Monat vom Betrieb einsehen.

Ferien

Das Gesetz schreibt im Minimum 4 Wochen Ferien vor (5 Wochen für bis 20-jährige). Ab 3. Monat Abwesenheit wegen Unfall, Krankheit oder Schwangerschaft hat der/die ArbeitgeberIn das Recht, den Ferienanspruch um 1/12 pro vollständig abwesenden Monat zu reduzieren. Wird ein Arbeitsvertrag beendet und es bestehen noch nicht eingelöste Ferienansprüche, so müssen diese ausbezahlt werden.

Ferien bei Stundenlohn: Jede geleistete Arbeitsstunde gibt Recht auf einen Ferienanspruch. Normalerweise muss der Ferienlohn dann bezahlt werden, wenn die Ferien bezogen werden. Wer sehr unregelmässig arbeitet und im Stundenlohn bezahlt wird, kann das Feriengeld zusätzlich zum Brutto-Stundenlohn beziehen:

8.33%	bei 4 Wochen Ferienanspruch
10.64%	bei 5 Wochen Ferienanspruch

Voraussetzung dafür ist ein schriftlicher Vertrag und eine Lohnabrechnung, auf welcher der Ferienanspruch separat ausgewiesen wird.

Impressum

di schwarzi chatz
c/o FAU Bern
Postfach 636
3000 Bern 25

Auflage: 300
Konto: 30-276725-1

erscheint 6 mal jährlich (Änderungen vorbehalten)

Kontakt

di schwarzi chatz/DA-Abos
zeitung@faubern.ch
FAU Bern - Syndikat aller Berufe
info@faubern.ch